

Die Wirtschaftslage Tirols im Jahre 1945

Der vorliegende Bericht über die „Wirtschaftslage in Tirol“ des Wirtschaftsamtes der Amtes der Tiroler Landesregierung datiert von Anfang Oktober 1945. Eingegangen ist er in der Kanzlei des Landeshauptmanns jedenfalls am 13. Oktober 1945. Das maschinschriftliche Original, aufbewahrt im Bestand **Handakten Landeshauptmann Weißgatterer IX/3**, wird hier wortwörtlich transkribiert mit zwei Ausnahmen: „ae“, „oe“ und „ue“ werden als „ä“, „ö“ und „ü“ wiedergegeben; und die etwas eigenwillige Interpunktion ist korrigiert worden.

Die Wirtschaftslage in Tirol

Bis Ende des Krieges wurde die Wirtschaft des Landes Tirol von dem für den Wehrkreis XVIII zuständigen Landeswirtschaftsamt in Salzburg gelenkt. Die Zuständigkeit dieses Amtes ist seit Mai 1945 für Tirol auf das Landeswirtschaftsamt in Innsbruck übergegangen, welches völlig neu organisiert werden musste.

Die Lenkung der Tiroler Wirtschaft war durch die allgemeinen Folgen des Krieges, den Einmarsch der Besatzungstruppen, die völlige Unterbrechung aller Verkehrsmittel, Rohstoffmangel und s.w., insbesondere aber auch durch die mangelnde Kohlenversorgung sehr erschwert. Es galt daher, alle diese Hindernisse aus dem Wege zu räumen, bzw. auf ein erträgliches Ausmaß zurückzuführen, um auf diese Weise die Vorbedingungen für eine wirtschaftliche Neuorganisation zu schaffen.

Das Landeswirtschaftsamt umfasst derzeit 5 Gruppen (Textil und Leder, Verkehrsangelegenheiten, Metalle und Elektrizität, Chemie und Papier, Haushaltsgegenstände und dgl.) eine 6. Gruppe (Baumaterial) ist in Aufstellung begriffen.

In den einzelnen Wirtschaftsgebieten sind aus der letzten Zeit nachstehend erwähnte wichtigere Momente hervorzuheben.

a) Textil und Leder:

In der französischen Besatzungszone wurde die Bewirtschaftung der Textilproduktion in der letzten Zeit insofern vereinheitlicht, als die zur Ausgabe gelangten neuen Textilkarten in Tirol und Vorarlberg in gleicher Weise gelten.

Im Einvernehmen mit den französischen Besatzungsbehörden besteht die Tendenz, diese Bestrebungen weiterhin fortzusetzen. In einer vor kurzem in St. Anton abgehaltenen Konferenz mit den Vertretern der Besatzungsbehörden und der beiden Länder Tirol und Vorarlberg wurden seitens der franz. Militärregierung rund 1,300.000 m Stoffe zur Deckung der auf der Textilkarte vorläufig freigegebenen 30 Punkte zur Verfügung gestellt. Damit ist der Bedarf für 3 Monate in Tirol und Vorarlberg gedeckt. Außerdem wurden 30.000 m wollhaltige Stoffe, 80.000 m Haushaltungs- und Bettwäsche, sowie 40.000 m Stoffe zu Berufskleidern freigegeben, welche auf Bezugsscheine zur Ausgabe gelangen sollen. Die Wiederbeschaffung ist in der franz. Besatzungszone mit einheitlichen Textilschecks ohne Sondergenehmigung möglich. Die Textilkarte soll noch im Laufe des Oktobers zur Ausgabe gelangen.

Eine ähnliche Regelung ist auf dem Gebiete der Lederbewirtschaftung beabsichtigt. Die diesbezüglichen Besprechungen sind noch im Gange.

Was die nach dem Einmarsch der franz. Truppen erfolgten Requisitionen von Textilien und Lederwaren betrifft, so sind dieselben, dank der unermüdlichen Vorstellungen seitens des Landeswirtschaftsamtes, in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen; es ist zu hoffen, dass die Beschaffung der für die Besatzungstruppen erforderlichen Waren mit der Zeit in geregelten Bahnen gelenkt werden kann, wobei eine einvernehmliche Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsämtern gesichert werden kann.

b) Verkehrsangelegenheiten:

Die Lage auf dem Gebiete des Verkehrs, der Kohlenversorgung und der Treibstoffbewirtschaftung war nach der Beendigung der Kampfhandlungen in Tirol im besondern Maße erschwert. Der Bahnverkehr war völlig unterbrochen, die Verkehrsmittel durch die militärische Besetzung des Landes und die im Zusammenhang damit erfolgten Plünderungen völlig verworren und der Mangel an Treibstoffen immer fühlbarer geworden. Ein großer Teil der Industrie des Landes konnte wegen Kohlen- und Treibstoffmangel nicht mehr arbeiten, sodass die Versorgung des Landes mit Wirtschaftsgütern aller

Art, ebenso wie die reibungslose Lebensmittelversorgung ernstlich in Frage gestellt war. Es galt daher vor allem auf diesen Gebieten des öffentlichen Verkehrs zu halbwegs geordneten Verhältnissen zu gelangen.

Was zunächst die Kohlenversorgung betrifft, so waren die im Lande befindlichen Vorräte in kürzester Zeit völlig erschöpft. Die Kohlenvorkommen in Tirol (Braunkohlenbergwerk in Häring und die Steinkohlengruben von Apfeldorf und Nösslachjoch) liefern nur einen geringen Teil des Kohlenbedarfes. Es war daher notwendig, dem Lande Kohlenzufuhren vom Auslande her zu erschließen. Dem Landwirtschaftsamte gelang es nach längeren Bemühungen, für Tirol Saarkohle im größeren Ausmaß sicherzustellen, welche seit September in steigendem Ausmaße angeliefert wird. Im September wurden durch die Militärregierung zirka 5000 t Saarkohle geliefert. Diese Lieferungen sollen bis Ende des Jahres auf zirka insgesamt 60.000 t gesteigert werden, ein gleiches Quantum ist für das 1. Halbjahr 1946 vorgesehen. Die Kohle wird in Zusammenarbeit zwischen der Militärregierung und dem Landwirtschaftsamte über Bregenz bis Landeck angeliefert und von dort je nach ihrer Beschaffenheit über Anweisung des Landeswirtschaftsamtes sogleich an ihre Bestimmungsorte weiterexpediert, sodass die Frachtkosten auf das unbedingt notwendige Ausmaß beschränkt bleiben.

Nach dem mit der franz. Militärregierung getroffenen Übereinkommen werden die eingetroffenen Kohlen durch das Landeswirtschaftsamte für die Versorgung der Großverbraucher (Gaswerk, Saline, Ziegeleien, Zementindustrie, Staatsbahnen, Achensee- und Zillertalbahn, usw.) verwendet, während ein anderer Teil den Wirtschaftsämtern zur Ausgabe ein [an] kleinere Betriebe (Lebensmittelindustrie etc.) zur Verfügung gestellt werden. Wenn die Kohlenzufuhren planmäßig weiterlaufen, so ist in kürzester Zeit damit zu rechnen, dass nahezu alle großen und kleineren Betriebe völlig eingedeckt werden können. Im November sollen, außer den gewerblichen Arbeitsräumen, auch die Ämter, Schulen und Büros, sowie diejenigen freien Berufe mit Kohle versorgt werden, welche sie zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes unbedingt benötigen. Nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte kann in späterer Folge auch daran gedacht werden, bescheidene Kohlenmengen für den Hausbrand zur Verfügung zu stellen, wenn auch darüber in der Öffentlichkeit derzeit nichts erwähnt werden darf. Erhebungen über den voraussichtlichen Bedarf sind im Zuge. Die Kohle wird zu den Stopp Preisen des letzten Kriegsjahres ausgegeben.

Ebenso katastrophal wie die Kohlenversorgung, hatte sich bald nach Beendigung der Kampfhandlungen auch die Treibstofflage gestaltet. Die Amerikaner hatten sich darauf beschränkt, einen Teil der im Lande befindlichen Treibstoffvorräte der ehemaligen Wehrmacht für den Zivilsektor freizugeben, den Rest für sich selbst verbraucht, sodass bei ihrem Abgang die Treibstoffvorräte fast völlig erschöpft waren und der öffentliche Verkehr vor einer Katastrophe stand. In langwierigen Verhandlungen ist es dem Landwirtschaftsamte gelungen, die franz. Militärregierung wenigstens zur Lieferungen eines Teiles des Treibstoffbedarfes zu bewegen. Nach den getroffenen Abmachungen ist derzeit mit einem Monatskontingent von etwa 45.000 l Benzin zu rechnen, das auch bereits zur Abgabe gelangt. Schwieriger gestalten sich die Verhältnisse auf dem Gebiete der Dieselölversorgung, da die franz. Militärverwaltung selbst nur über geringe Bestände verfügt und bisher nur einen geringen des mit 45.000 l bemessenen Monatskontingentes an Dieselöl zur Verfügung stellen konnte. Während es im Monat Juni der Initiative des Landwirtschaftsamtes gelungen war, noch einen größeren Bestand an Dieselöl (ehemaliges Wehrmachtsgut) aus Bayern hereinzubringen, müssen derzeit neue Möglichkeiten gesucht werden, um die Versorgung des Landes mit Dieselöl wenigstens einigermaßen sicherzustellen. Es laufen derzeit Bemühungen, aus Oberösterreich Dieselöl in Kompensation gegen Karbid zu beschaffen. Außerdem wurden bereits Verhandlungen eingeleitet, um mit Wiener Treibölfirmlen Abschlüsse über erhebliche Treibstoffmengen zu erzielen. Die Verhandlungen sind mit den Firmen bereits prinzipiell im günstigen Sinne erledigt, doch müssen noch die Zustimmungen der russischen Besatzungsarmee erlangt werden. Diesbezügliche Verhandlungen werden demnächst in Wien fortgesetzt; die franz. Militärregierung hat auch ihrerseits über Intervention des Landeswirtschaftsamtes hiezu ihre Unterstützung in Aussicht gestellt.

Da, wie gesagt, die Menge der von der Militärregierung bisher zur Verfügung gestellten Treibstoffe den Bedarf des Landes nicht volllauf zu decken imstande ist, sind die Kontingente ständig sehr umstritten und es bedarf daher einer ständigen Kontrolle des Landwirtschaftsamtes, dass die zur Verfügung stehenden Treibstoffe sparsamst bewirtschaftet und in erster Linie denjenigen Kontingentträgern zur Verfügung gestellt werden, welche in öffentlichen Interessen vordringlich beliefert werden müssen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, dass alle Kontingentträger der Verwaltung und Wirtschaft ihre Ansprüche auf das unumgänglichste Mindestmaß zurückschrauben. In diesem Sinne wurde auch mit der franz. Militärregierung eine Prioritätsliste der öffentlichen Bedarfsträger aufgestellt.

Was die industriellen Schmierstoffe betrifft, wurden dieselben in früheren Zeiten fast ausschließlich aus Bayern angeliefert und zum großen Teil für den Eisenbahnbetrieb benötigt. Es muss nunmehr versucht werden, dieselben in Wien zu beschaffen; diesbezügliche Verhandlungen sind im Zuge und im gewissen Ausmaß erfolversprechend.

Besonders fühlbar ist der Mangel an Transformatorenöl für den Bedarf der Elektrizitätswerke und der Bahn. Diesbezüglich sind mit der Schweiz Verhandlungen im Gange, um etwa 30.000 kg gegen eine Kompensation in Holz zu erlangen.

Unbefriedigend ist die Lage auf dem Gebiete der Petroleumversorgung, welche besonders für die Landwirtschaft und für die Eisenbahnen (Beleuchtungsanlagen) von Bedeutung ist. Das Landeswirtschaftsamt ist diesbezüglich in Verhandlungen mit Oberösterreich. Doch sind die Aussichten hinsichtlich der Petroleumversorgung nicht sehr günstige.

Auf dem Gebiete des Autoverkehrs sind erhebliche Schwierigkeiten dadurch entstanden, dass in den Umsturztagen ein großer Teil des im Lande verfügbaren Fahrparks Zerstörung bzw. Plünderung anheimgefallen ist und seitens der Militärbehörden im ganzen Lande weitgehende Beschlagnahmen von Automobilen aller Art vorgenommen wurden. Es ist daher notwendig geworden, den noch verfügbaren Bestand an Personen- und Lastkraftwagen neu zu erfassen und die Zulassung von Automobilen zum öffentlichen Verkehr in geregelte Bahnen zu lenken. Das Landeswirtschaftsamt ist seit Monaten ununterbrochen bemüht, alles aufzubieten, um dem Lande wenigstens einen Teil der einstmals zur Verfügung gestandenen Automobile, Reifen, Autobestandteile und Zugehörteile zu Reparaturen etc. zu erhalten.

Die im Auftrage des Wiener Staatsamtes für Handel und Verkehr erfolgte Erfassung der Automobile birgt die Gefahr in sich, dass die Besatzungstruppe einen großen Teil der im Lande befindlichen Wehrmachtfahrzeuge beschlagnahmt. Das Landeswirtschaftsamt wird daher auch weiterhin bemüht sein, hievon wenigstens einen Teil für den zivilen Verkehr zu retten. Großer Mangel besteht derzeit an Autoersatzteilen und Autoreifen, Batterien, Schneeketten, Scheinwerferbirnen etc. wovon zweifellos noch erhebliche Bestände im Lande zwar vorhanden, aber von der Bevölkerung verschleppt und verborgen sind. Diesbezüglich wurde bereits mit der Sicherheitsdirektion das Einvernehmen gepflogen, um die Mitwirkung der Polizei und Gendarmerie bei der Aufdeckung verschleppter Bestände heranzuziehen.

c) Metalle und Elektrizität:

Die in Tirol bestehende Eisen und Metall verarbeitende Industrie hat nach Beendigung dieses Krieges mangels Zufuhren von Außen her ausschließlich auf die Vorräte zurückgreifen müssen, um den dringendsten Bedarf der Bevölkerung zu decken. Insbesondere hatten die öffentlichen Verkehrsunternehmungen, die Baufirmen einen ungeheuren Bedarf für Wiederinstandsetzung der durch Kriegseinwirkung zerstörten Verkehrsmittel, Fabriksbetriebe, Wohnungen usw.

Um den Bedarf an den verschiedensten Waren wenigstens einigermaßen zu decken und die zur Ankurbelung der Wirtschaft und zum Wiederaufbau notwendigen Rohmaterialien zu beschaffen, wurde vor kurzem vom Landeswirtschaftsamt eine großangelegte Beschaffungsreise in die östlichen Bundesländer durchgeführt. Diese Reise war in jeder Beziehung von Erfolg begleitet, da der Bedarf des Landes an Rohmaterialien, Halb- und Fertigfabrikaten auf dem Gebiete der Metallindustrie und verwandter Branchen für das nächste Halbjahr hinreichend gedeckt werden konnte. Darüber hinaus wurden Möglichkeiten geschaffen um auch noch zu Kompensationszwecken allerlei Waren sicherzustellen.

Im Verlauf der Reise hatte die Delegation Gelegenheit, in Salzburg, Oberösterreich, Steiermark und Kärnten mit den dortigen Zivil- und Militärbehörden und den maßgebenden Exponenten der dortigen Wirtschaft in Verbindung zu treten und wertvolle Einblicke in die Wirtschaftsentwicklung diese Länder, insbesondere hinsichtlich deren industrieller Tätigkeit und industrieller Austauschmöglichkeiten zu gewinnen. Mit den einzelnen Bundesländern konnten eine ganze Reihe von Lieferungsabkommen getroffen werden. Die Länder verzichteten untereinander auf Einzelkompensationen, welche durch langfristige Austauschmöglichkeiten ersetzt werden. Auch wurden Abkommen über die Bezahlung der Waren getroffen. Voraussetzung für die Durchführungen der Lieferungen ist die Zustimmung der jeweiligen zivilen- und militärischen Behörden.

In Salzburg wurden Abschlüsse unter anderem über Pflüge, Dunggabeln, Heugabeln, Baubedarf, Chemikalien und Zement erzielt. In Oberösterreich größere Posten von Feilen, Glühlampen, Sensen, Kochplatten, Sägen, Messer, Soda, Grobbleche, Papier, Holzverarbeitungsmaschinen erzielt. In Steiermark wurden u.a. Pflüge, Wagenachsen, Pflugbestandteile, Fahrräder, Ambosse, Hämmer, Feilen, Bleche, Drahtstifte, Sichel, Hacken usw. Eisenbahnmaterial, Edelstahl, Geschirr u.a. angekauft. In Kärnten Chemikalien, Drahtstifte, Draht, Ketten, Sensen, Feuersteine usw.

Insgesamt wurden in den vier Ländern zirka 90 Firmen besucht und Waren im Gewicht von über 6000 t eingekauft, wodurch es gelang, die durch den Ausfall Wiens vorläufig bestehende Lücke wenigstens zum Teil auszufüllen und der Tiroler Industrie neue Betriebsmöglichkeiten zu erschließen.

Leider erschwert die von den Besatzungsbehörden in letzter Zeit begonnene Aktion zur Beschlagnahme bzw. zum Abtransport der Maschinen unseren Fabrikationsprozess erheblich. Nach den bestehenden Intentionen will die Militärregierung alle nach dem Jahr 1940 in das Land gekommenen Maschinen als Beutegut nach Frankreich überführen. Eine Kommission, bestehend aus

einem Vertreter des Landeswirtschaftsamtes, der Handelskammer und ein Wirtschaftsberater, wird die Aufgabe haben, den Bestand des Landes an Maschinen gegenüber den französischen Zugriffen zu verteidigen und es ist zu hoffen, dass es dem Landeswirtschaftsamt auf diese Weise gelingen wird, wenigstens einen Teil des Maschinenparks für die heimische Industrie zu retten.

Was die Elektroindustrie betrifft, so wurde im Hinblick auf den Mangel an Brennstoff und Heizmaterial, die Herstellung von elektrischen Heizkörpern (Kochplatten, Herde und Raumheizgeräte) in den letzten Monaten mit allen Mitteln gefördert. Soweit die Elektrizitätswerke die Möglichkeit dazu bieten, soll die Versorgung der Bevölkerung mit derartigen Ersatzgeräten für den Koch- und Heizbedarf gesteigert werden. Leider machen sich auf diesem Gebiete weitgehende Ansprüche von Seiten der franz. Militärbehörde geltend und es muss auch diesbezüglich ein erträglicher Ausgleich geschaffen werden, welcher den Bedürfnissen der Bevölkerung wenigstens halbwegs Rechnung trägt.

d) Chemie und Pharmazeutik:

Der Bedarf der Bevölkerung an pharmazeutischen Präparaten konnte vom Landeswirtschaftsamt durch systematische Beschaffung auf mehrer Monate gesichert werden. So ist insbesondere Serum und Impfstoff gegen Typhus, Paratyphus, Ruhr, Diptherie und Flecktyphus (aus den Behringwerken in Marburg a/d Lan, sowie von den IGfarben) in reichem Maß vorhanden. Auch hinsichtlich Beschaffung ärztlicher Präparate und Medikamente, konnte in letzter Zeit eine erhebliche Verbesserung erzielt werden. Allerdings fehlen noch immer gewisse ärztliche Medikamente, namentlich Standardprodukte gewisser durch Kriegseinwirkung zerstörter Fabriken in Deutschland.

Erhebliche Schwierigkeiten bestehen trotz wiederholter Bemühungen noch immer auf dem Gebiete der Alkoholbeschaffung für die Erzeugung von Äther. Das Landeswirtschaftsamt hat diesbezüglich schon seit längerem Schritte eingeleitet, um Alkohol in reichem Ausmaß zu beschaffen. Da diesbezügliche Versuche in Linz und München bisher erfolglos blieben, wird nunmehr die Vermittlung der franz. Militärregierung angesprochen, um allenfalls aus Frankreich Alkohollieferung zu erwirken, nachdem die amerikanischen Besatzungsbehörden aus ihrem Bereich keine Lieferungen freigeben. Die Herba ist wegen Verschleierung ihrer Geschäftsgebarung von der franz. Militärregierung gesperrt worden und es wird dort erst eine neue Betriebsorganisation aufgezo-gen.

Die pharmazeutische Industrie Tirols arbeitet derzeit sehr gut. (Ichtyolwerke in Seefeld, Lechleitner Rattenberg Tetravitriol als Exportartikel, Wasserstoffsperoxyd, auch die Karbidwerke in Landeck arbeiten zum Teil trotz mangels an Kohlenelektroden (mit einem Jahresergebnis von 1500 – 2000 t)). Derzeit laufen Bemühungen, aus Mattighofen Äther im Austausch gegen Methylalkohol zu erlangen. In Puermoos, Salzburg, sollen Radiumbestände verlagert sein, deren Verteilung allenfalls in Frage kommen könnte, wofern es sich nicht um deutsches Wehrmachtsgut handelt.

Die Kalkproduktion in Jenbach ist wieder in Schwung gebracht worden, desgleichen die Zementindustrie und die Herstellung von Druckfarben. Kohle steht für die Ankurbelung der Bauindustrie in ausreichendem Masse zur Verfügung.

Sehr befriedigende Resultate zeitigt die Tätigkeit der Firma Swarowski in Wattens, welche derzeit als einzige europäische Fabrik für die Herstellung von künstlichen Schmucksteinen (Gablonzerwaren) ferner für keramische und optische Erzeugnisse etc. zu Exportzwecke in Betracht kommt. Desgleichen stellt auch die Papierfabrik in Wattens einen wertvollen Aktivposten des Landes dar, die von ihr hergestellten Waren kommen auch für den Kompensationsverkehr mit dem Auslande in Frage.

e) Haushalt:

Wichtig für die Bedürfnisse des Landes sind die Erzeugnisse auf dem Gebiete der Möbelindustrie. Die Krieghofwerke in Kufstein erzeugen derzeit rund 1000 Schlafzimmer im Monat, während die Raspewerke in Kramsach 350 – 400 Kucheneinrichtungen monatlich zu erzeugen imstande sind, welche beide für die Wiederinstandsetzung bombengeschädigter Häuser etc. von großer Bedeutung sind.

Aus den Beständen der deutschen Wehrmacht konnten 3 Waggons italienisches Reisstroh zur Erzeugung von Besen und Bürsten zur Verfügung gestellt werden. Desgleichen soll die Herstellung hochwertiger Haarbesen und Haarbürsten ermöglicht werden. Für Kriegsbeschädigte konnte aus verlagerten Beständen ein größerer Posten von Radioapparaten in halbfertigem Zustand bereitgestellt werden, die sodann dem öffentlichen Gebrauch zugeführt werden, sobald die Freigabe durch die franz. Militärbehörde erfolgt ist.

In Glas sind die Bestände zum großen Teil erschöpft. Es muss daher getrachtet werden, Lieferungen aus dem Auslande ins Land zu bringen. Dem Landeswirtschaftsamt ist es bisher gelungen, etwa 10.000 m² Glas verschiedenen Verwendungszwecken, namentlich zur Wiederherstellung zerstörter öffentlicher Bauten (Krankenhäuser, Ämter, Kirchen, Schulen, etc.) zu beschaffen. Da der Gesamtbedarf des Landes an Fensterglas gegenwärtig noch mit mindestens 350.000 m² beziffert werden muss, ergibt sich die Notwendigkeit Glas aus den Erzeugungsgebieten der Tschechoslowakei, Italien und Bayern zu beschaffen. In den nächsten Tagen begibt sich ein Vertreter des

Landeswirtschaftsamtes nach Linz, um dort selbst wegen Lieferung größerer Bestände von Glas aus der Tschechoslowakei Verhandlungen zu pflegen. Versuche, mit der Schweiz und Bayern zu Abschlüssen von Glas zu gelangen, müssen leider als vorläufig ergebnislos verzeichnet werden, da insbesondere die letztere Fabrik als Kompensation Soda verlangt, wohingegen die Fabrikation der Solvaywerke in Ebensee, die als einzige hierfür in Frage kommen, bereits mit dem Kompensationsverkehr mit der Tschechoslowakei vollauf in Anspruch genommen sind.

Ein Aktivposten in der Tiroler Wirtschaft stellt die Holzindustrie dar, welche in der Lage ist, Bestände an Schnitt- und Gruben- und Schleifholz für Exportzwecke zur Verfügung zu stellen. Allerdings sind im heurigen Jahr erhebliche Bestände an Holz nicht nur für die franz. Besatzungstruppe, sondern auch für den Brennstoffbedarf der Bevölkerung in Anspruch genommen. Doch steht gegenwärtig für Exportzwecke immerhin eine Menge von zirka 10.000 m² zur Verfügung, welche im Kompensationsverkehr mit dem Auslande, namentlich mit Italien und der Schweiz, nützlich verwertet werden können.

Was die Bauindustrie betrifft, so ist es vermöge der Kohlenlieferungen gelungen, die Zementwerke in Kirchbichl und Kufstein wieder in Betrieb zu setzen. Desgleichen arbeitet auch die Dach- und Maurerziegelindustrie mit vollem Einsatz. Auch die Kalkgewinnung und die Herstellung von Gips hat durch die erhöhten Heizmittelzuteilungen wieder Arbeitsmöglichkeiten gefunden. Alle diese Fabriksunternehmungen schaffen das nötige Baumaterial für die Durchführung des von der Militärregierung im Einvernehmen mit den zuständigen Dienststellen des Landes in Angriff genommenen Wiederaufbauprogrammes, welches eine große Reihe von Wiederherstellungsarbeiten im Bereich der Bundesbahn, des Post- und Telegraphenwesens, des landwirtschaftlichen Aufbauprogrammes und der Wiederherstellungsarbeiten der durch Bombeneinwirkung geschädigten Städte endlich die Durchführung verschiedener Arbeiten auf dem Gebiete des öffentlichen Bauwesens umfasst.

[Unterschrift] Dr. Falser¹

Ein Zustandsbericht über die wirtschaftliche Situation Tirols (eigentlich Nordtirols, denn der Bezirk Lienz gehörte zu diesem Zeitpunkt zu Kärnten und lag in der britischen Besatzungszone ein) im Herbst 1945 ist das gerade nicht, das wäre zu viel der Ehre. Ausgeklammert ist die Landwirtschaft, die das herstellen und liefern sollte, was damals bitter nötig war, damit die Menschen nicht verhungerten – Lebensmittel; ausgeklammert bleibt auch der Dienstleistungsbereich. Aber die Aufgabe des beim Tiroler Landeshauptmann angesiedelten Wirtschaftsamtens war es ja gewesen, Industrie und produzierendes Gewerbe, gemeinhin den Wirtschaftssektor der Sachgütererzeugung, mit Energie, Rohstoffen und anderen notwendigen Materialien zu versorgen, damit die Produktion wieder anlaufen konnte. Diese waren nicht vorhanden, wurden heimlich gehortet oder waren zumindest äußerst knapp. Wie man sich damals behalf, solche Güter zu besorgen, welche Produktionsbranchen wieder arbeiteten, darüber vermittelt der Bericht ein recht anschauliches Bild.

Formal war Tirol in den ersten Monaten nach dem Krieg Teil des wieder auferstandenen Österreich, in der Praxis musste es aber politisch wie wirtschaftlich, gleich den anderen österreichischen Bundesländern, notgedrungen ein autarkes Land sein, abhängig vom Willen und der Gunst der Besatzungsmacht. In den ersten Nachkriegsmonaten waren die Länder mehr oder weniger sich selbst überlassen. Erst im Herbst des Jahres 1945 konnte die österreichische Bundesregierung ihre bundesstaatlichen Kompetenzen über Wien und Niederösterreich hinaus auf die anderen Bundesländer ausdehnen. Ab November 1945 besaß Österreich eine durch Wahlen legitimierte gesamtstaatliche Legislative (Nationalrat) und eine Exekutive (Bundesregierung).

In den ersten Monaten waren in Österreich die Besatzungszonen und innerhalb der vier Besatzungszonen die einzelnen Länder mehr oder weniger eigene Wirtschaftsräume und

¹ Beim Verfasser handelt es sich um Dr. Meinrad Falser, geb. 1896 in Lienz. Falser studierte Rechtswissenschaften und absolvierte die Konsularakademie in Wien und trat 1921 in den diplomatischen Dienst ein, wo er in Bulgarien, Türkei, Frankreich und zuletzt in Italien tätig war. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten musste sich der österreichische Diplomat um eine Arbeit in der inneren Verwaltung umsehen. Von 1938 bis 1940 war er beim Reichsstatthalter in Wien, 1940/41 beim Generalgouvernement in Krakau eingesetzt. 1941 wurde er vom Reichsstatthalter in Tirol und Vorarlberg als Beamter übernommen, wurde aber von 1942 bis 1944 für das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Berlin abgestellt. Nach seiner Rückkehr nach Innsbruck leitete er das Ernährungsamt beim hiesigen Reichsstatthalter. Im Mai 1945 wurde Falser, der politisch unbelastet war, vom Amt der Tiroler Landesregierung übernommen und leitete dessen Wirtschaftsreferat. 1946 trat er wieder als Diplomat in den Dienst der Republik Österreich und war in den 50er Jahren österreichischer Gesandter in der CSSR.

Handelszonen, für die die anderen Zonen und Länder so etwas wie Auslandspartner darstellten. Planwirtschaft wäre zu viel gesagt. Aber angesichts der Verwüstungen und des Chaos, das der Krieg hinterlassen hatte, vor allem aber weil es hinten und vorn an Gebrauchs- und Verbrauchsgütern fehlte, mussten die jeweiligen Landesregierungen im Zusammenspiel mit den alliierten Militärregierungen auf ein Modell der Wirtschaftslenkung zurückgreifen. Güter wurden, so gut es ging, zentral beschafft und zentral zugeteilt. Das (be)traf die Produzenten wie die Verbraucher (der Begriff „Konsumenten“ wäre angesichts der kargen Lebensmittelrationen, die sie abkamen, und der leeren Warenlager wohl zu euphemistisch). Dabei konnte man schon auf bestehende administrative Strukturen zurückgreifen. Staatlich gelenkt war die Wirtschaft schon während des Krieges worden, Wirtschaftsämter und Ernährungsämter existierten bereits.

Schwieriger noch als die Verteilung war die Beschaffung knappster Güter, da sie reihum niemand entbehren konnte. Es musste die Besatzungsmacht angebettelt werden, lebenswichtige Güter heranzuschaffen. Und zwangsläufig waren Kompensationsgeschäfte, der Tausch Ware gegen Ware, gang und gäbe. Handelsdelegationen aus Tirol klapperten auf der Suche nach Austauschgütern die anderen Bundesländer in der amerikanischen und britischen Besatzungszone – Salzburg, Oberösterreich, Steiermark und Kärnten – ab, wobei sie selbstverständlich neben den österreichischen Behördenvertretern die der jeweiligen Besatzungsmacht kontaktieren mussten. Ausgespart waren Niederösterreich, Burgenland und jene Teile Wiens, wo die sowjetischen Besatzer das Sagen hatten. Geschäftsbeziehungen wurden aber zu Ölfirmen in Wien unterhalten, die vermutlich ihren Sitz in den westlichen Besatzungszonen hatten. Aufgesucht wurde auch das nahe Ausland, die vom Krieg verschonte Schweiz natürlich, das in der amerikanischen Besatzungszone liegende Bayern und selbst die Tschechoslowakei.

Um an Benzin, Dieselöl, Rohstoffe, Chemikalien, Werkzeug und Geräte, all das was zur Produktion benötigt wurde, heranzukommen, musste ein Tauschmittel eingesetzt werden. Und hier hatte Tirol nicht allzu viel anzubieten: Holz vor allem, Strom, Karbid, gewisse pharmazeutische Produkte. Beim Beschaffen von Kohle, Benzin und Dieselöl half auch die französische Besatzungsmacht aus. Inzwischen war der Kohleabbau im eigenen Land forciert und reaktiviert worden, um die ärgsten Versorgungslücken zu stopfen: in Nösslach (Gries am Brenner), dort musste auf 1900 m Höhe geschürft werden, in Bad Häring, in Apfeldorf (St. Johann in Tirol) und in der Windau.

In den Industriebetrieben war die Produktion bereits angelaufen, zum Teil auch in jenen, die einst Flugzeugkomponenten, also Rüstungsgüter, hergestellt und im Eigentum von deutschen Firmen gestanden hatten: Wie die im Bericht genannten Raspe-Werke in Kramsach; während des Krieges hatten sie Flugzeugtanks hergestellt, nach dem Krieg bauten sie Kücheneinrichtungen. Die unter dem Nationalsozialismus errichteten Rüstungsbetriebe, durch die Bank industrielle Großbetriebe, die in hoher Zahl Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, wie etwa die Messerschmitt-Werke in Kematen oder die Heinkel-Werke in Jenbach, waren ein Kapitel für sich. Sie mussten ihre Produktion umstellen und ihre Zukunft war ungewiss, da sie in die Kategorie des Deutschen Eigentums fielen, auf das die alliierten Siegermächte Anspruch erhoben. Zudem musste noch immer befürchtet werden, die Besatzungsmacht Frankreich könnte zwecks Kriegsreparationen Industrieanlagen und Maschinen beschlagnahmen und abtransportieren. Soweit sollte es aber nicht kommen. Eklatante Lieferungsengpässe bei Energie (vor allem Treibstoff) und Rohstoffen, viel zu geringe Transportkapazitäten, es gab zu wenige Lastkraftwagen, und – wie es sich bald weisen sollte – zu wenige gelernte Arbeitskräfte, das waren im ersten Nachkriegsjahr die größten Probleme von Industrie und Gewerbe in Tirol.

Wir wollen unseren Bericht über die Wirtschaftslage Tirols vom Oktober 1945 mit einem anderen zeitgenössischen Bericht ergänzen. Dieses maschinenschriftliche Exposé, datiert vom 30. Juli 1945, versucht eine Art Handelsbilanz zu ziehen (**Handakten Landeshauptmann Weißgatterer, Position IV**). Was können wir unter den gegebenen Umständen an Waren „exportieren“, um im Tausch andere Waren zu „importieren“? Auf diese Frage versuchte der anonyme Autor eine Antwort zu geben und legte dabei einige interessante Fakten und Zahlen vor.

Die Kriegsschäden hielten sich in Tirol im Vergleich zu anderen österreichischen Ländern in Grenzen, seine Infrastruktur war im großen und ganzen intakt geblieben. Kämpfe im eigenen Land hatte es in der ersten Maiwoche 1945 erlebt, die waren aber kurz und auf wenige Gebiete (Raum Scharnitz und Fernpass) beschränkt gewesen. Die Schäden waren überwiegend durch den seit Ende 1943 einsetzenden Luftkrieg verursacht worden, der von den Bombergeschwadern der US-Airforce ausgefochten worden war. Hauptangriffsziel der Bombardements war die der Deutschen Wehrmacht als Nachschublinie dienende Brennerbahn durch das Inntal gewesen.

Das Exposé listet Schätzungen für die Kriegsschäden auf. Die Schäden der Bundesbahnen waren mit Abstand der größte Posten in der gesamten Schadensbilanz. Sie beliefen sich beim Schienennetz und rollendem Material (Lokomotiven und Waggonen) auf 38.000.000.- Reichsmark (RM). In Tirol wiesen rund 32 Gemeinden bei den Gebäuden schwere Kriegsschäden auf, vor allem Innsbruck (608

Gebäude mit Total- oder schwerem Schaden, das waren 10% der gesamten Gebäude), Hall (75 Gebäude, 12 %), Wörgl (75 Gebäude, 12%), Brixlegg (75 Gebäude oder 72%), Reith bei Seefeld (35 Gebäude, 93%), Matrei am Brenner (43 Gebäude, 34%), Steinach am Brenner (24 Gebäude, 21%), Jenbach (20 Gebäude, 26%), Imsterberg (16 Gebäude, 47%) und Kufstein (10 Gebäude, 6%). Insgesamt wurden hier die Schäden (Total- und schwere Schäden) mit 18,500.000.- RM beziffert. Alle anderen Schäden fielen dagegen stark ab: Straßen und Brücken 2,500.000.- RM; größere Flurschäden 1,800.000.-RM; totes und lebendes Inventar in der Landwirtschaft 1,250.000.- RM. Sämtliche Strecken der Bundesbahn waren Ende Juli 1945 so weit instand gesetzt, dass sie wiederum befahren werden konnten. Zu diesem Zeitpunkt funktionierte wieder die Postzustellung, die Postbusse verkehrten eingeschränkt und Telefonleitungen waren weitgehend wiederhergestellt, man wartete nur noch darauf, dass sie von der Besatzungsmacht freigegeben wurden.

Wichtige Aktivposten der Tiroler Wirtschaft waren in der Zwischenkriegszeit der Transithandel und der Fremdenverkehr gewesen. Die fielen nun auf absehbare Zeit als Geldquelle aus. Im Exposé heißt es daher: *„Selbstverständlich kann augenblicklich das Problem des wirtschaftlichen Ausgleiches nur gelöst werden, wenn entweder diese alten Handelsbeziehungen wieder in Gang gesetzt werden, oder Ersatz in neuen Austauschmöglichkeiten gefunden wird. Dabei ist allerdings zu sagen, dass gegenwärtig durch den außerordentlichen Mangel an Facharbeitern auf den Gebieten der Holzwirtschaft das notwendige Holzaufkommen nur sehr schwer bereit gestellt werden kann. Es kann aber gesagt werden, dass bei dem eingeschränkten Importbedarf, der heute im Wesentlichen Nahrungsmittel, Treibstoff und Kohle umschließt, der kompensatorische Ausgleich hergestellt werden kann.“* Demnach boten sich für Austauschgeschäfte an in erster Linie Holz und Strom. Tirol hatte in den 30-er Jahren im Durchschnitt jährlich an die 160.000 Tonnen Holz exportiert. 1944 belief sich die Jahresproduktion der Tiroler Wasserkraftwerke auf ca. 500 Millionen Kilowattstunden, davon entfielen 40 Millionen auf die Bahn und 400 Millionen wurden nach Bayern geliefert. (Von solchen Produktionsmengen war man 1945 vermutlich weit entfernt.) Als mögliche „Exportartikel“ wurden weiters angedacht: Produkte der Woll- und Baumwollindustrie, der chemischen Industrie, vor allem Karbid und Pharmazeutika, der Papierindustrie, vor allem Zigaretten- und Feinpapier, weiters Lederwaren, Schmucksteine und optische Geräte. *„Voraussetzung für die industrielle Produktion in Tirol ist in erster Linie die Belieferung mit Kohle sowie selbstverständlich mit anderen notwendigen Rohstoffen, wie insbesondere Wolle, Baumwolle, Hadern usw.“*

Hinsichtlich Bauindustrie und Baugewerbe, die jetzt zur Beseitigung der Kriegsschäden gefordert waren, war man optimistisch. Unter der Voraussetzung, dass genügend Kohle vorhanden war, könnten, mit Ausnahme von Eisen und Glas, alle Materialien im Land hergestellt werden. Was auch hier fehlte, waren LKWs und Arbeitskräfte. Die Eisen- und Metallverarbeitungsindustrie hingegen war auf Einfuhren angewiesen. Die Vorräte waren gering und wurden zur Herstellung von Haushaltsartikeln und Beschlägen verwendet. Die Lederindustrie war zwar mit Rohhäuten versorgt, ihre mangelte es aber an synthetischen Gerbstoffen. Der Bedarf an Schuhen war im Land nicht zu decken. Die Textilindustrie konnte mangels Kohle und Rohstoffen ihre Kapazitäten nicht auslasten. Darunter litten auch die chemische und die Papierindustrie.

Der Eigenbedarf bei Kohle wurde auf 300.000 bis 350.000 Tonnen im Jahr geschätzt, durch Abbau von Kohle im Land selbst konnten bestenfalls 36.000 Tonnen aufgebracht werden. Die Kohle stammte vor 1938 zu 60 bis 75 Prozent aus dem polnischen und tschechischen Oberschlesien, seit 1938 ausschließlich aus dem Saargebiet. Bei den Treibstoffen Benzin und Dieselöl sah es nicht besser aus. Die amerikanische Militärbehörde hatte für Mai und Juni für den zivilen Sektor in Tirol 32.0000 Liter Benzin und 45.000 kg Dieselöl bereitgestellt, das waren lediglich 15 Prozent des Bedarfes. Vorräte waren ohnedies keine vorhanden.

Die Hauptsorge galt der Versorgung der Bevölkerung mit den lebenswichtigsten Nahrungsmitteln, und hier herrschten dramatische Zustände, es war die blanke Not. Und das alles bei einer Bevölkerung, die während des Krieges, vor allem gegen Ende des Krieges rasant angewachsen war. Nordtirol hatte anlässlich der Volkszählung 1939 eine Bevölkerung von rund 330.000 gehabt, im Juli 1945 lebten hier an die 480.000 Menschen, die ernährt werden mussten. Unter diesen 150.000 bis 180.000 „Nichteinheimischen“ waren zahllose Südtiroler Familien, die im Zuge der Option von 1939 ausgewandert waren, österreichische, deutsche und „volksdeutsche“ Flüchtlinge, ehemalige Zwangsarbeiter und alliierte Kriegsgefangene, vermutlich sind hier auch die französischen Besatzungssoldaten mit eingerechnet, deren Zahl in Tirol und Vorarlberg anfangs bei 20.000 lag. Durch das Heimführen von Kriegsgefangenen, rigorosen Ausweisungsmaßnahmen gegenüber „Reichsdeutschen“, Rückwanderung von Flüchtlingen und die Repatriierung von ehemaligen Zwangsarbeitern schrupfte dieser Überhang von Menschen schon 1945 relativ rasch. Bereits 1946 war die Bevölkerungszahl in Nordtirol auf rund 385.000 gefallen. Noch 1948 fiel jede 10. Person in Tirol in die Kategorie „Versetzte Person oder Flüchtling“. (Das Bundesland Tirol hatte 1948 eine Bevölkerung von 430.000 (einschließlich Osttirol mit etwa 38.000 Einwohnern), davon waren über 46.000 Versetzte Personen und Flüchtlinge.)

Ausgehend von einer „Verbraucherzahl“ von 480.000², wobei pro Tag und Kopf mit einer Kalorienmenge von 2000 gerechnet wurde, versuchte man den Jahresbedarf bei den wichtigsten Nahrungsmitteln zu errechnen und stellte ihm gegenüber, was im Land selbst produziert und aufgebracht werden konnte:

Lebensmittel	Jahresbedarf (in Tonnen)	Eigene Produktion (in Tonnen)	Importmenge (in Tonnen)
Brot/Mehl	62.400	9.044	53.356
Kartoffel	46.800	26.400	20.400
Nährmittel	5.600	0	5.600
Fleisch	12.480	5.200	7.280
Fett	6.240	2.050	4.190
Zucker	6.240	0	6.240
Trinkmilch	21.840	18.840	3.000
Hülsenfrüchte	4.680	100	4.580
Eier	31.200	3.200	28.000
Marmelade	12.480	0	12.480

Die Zahlen über die eigene Produktion beruhten auf Erfahrungswerten aus dem Krieg, aus einer Zeit also, in der die Behörden einen recht genauen Einblick in die landwirtschaftliche Produktion hatten, weil die Bauern der Melde- und Ablieferungspflicht unterlagen. Aber die Produktionsmengen der Kriegsjahre auf das erste Nachkriegsjahr umzulegen, war zu viel des Optimismus. Die Produktivität der Landwirtschaft sackte 1945 ab. Es mangelte unter anderem an Futtermittel, Saatgut und vor allem an Arbeitskräften, letzteres weil die in der Landwirtschaft tätigen Zwangsarbeiter abgezogen und in ihre Heimatländer geschickt wurden. Auch ließ die Ablieferungsmoral der Bauern nach. Derart drakonische Strafen wie unter dem Nationalsozialismus waren nun nicht mehr zu befürchten, wenn Produkte abgezweigt und nicht abgeliefert wurden. Die Angaben über den zu erwartenden Jahresbedarf waren zu hoch, weil man auf die Dauer eines Jahres von einer Bevölkerung von 480.000 ausging, die aber in Wirklichkeit binnen eines guten Jahres um rund 100.000 sank. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass Tirol bei Fleisch, Fett, selbst bei Kartoffeln, vor allem aber bei Getreide auf Einfuhren von außen angewiesen war.

Zur Selbstversorgung hatte die landwirtschaftliche Produktion Tirols bei weitem nicht ausgereicht, auch nicht während des Krieges, als den Verbrauchern immer bescheidenere Rationen auf ihren Lebensmittelkarten zu bemessen worden waren. Getreide, Fleisch, Fett, Kartoffeln und anderes musste von auswärts beschafft werden. Aber von dort war jetzt nichts zu erwarten. Allenthalben herrschten Hunger und Entbehrung. Während des Krieges hatte Tirol jährlich an die 29.000 Tonnen Getreide eingeführt, hauptsächlich aus Ungarn. Über 2000 Tonnen Fleisch waren 1944 importiert worden, zu 70% aus Salzburg und Oberösterreich, zu 10% aus Bayern und Württemberg und zu 20% aus „Reichsställen“ (Fleisch aus den von den Deutschland besetzten Gebieten). Der Zuschussbedarf von 55.000 Tonnen Kartoffeln, mehr als die Hälfte des damaligen Tiroler Jahresbedarfes, wurde 1944 in Bayern beschafft.

Mit Kompensationsgeschäften war bei Nahrungsmitteln wenig, mit Geld gar nichts auszurichten. Tirol war 1945 massiv auf Hilfslieferungen der Amerikaner angewiesen, ansonsten wären die Menschen verhungert. Die Menschen verhungerten nicht, aber sie hungerten. Der Kalorienwert der vorgesehenen Tagesration für den Normalverbraucher (Erwachsener, der nicht Arbeiter oder Schwerarbeiter war) pendelte von Mai bis Dezember 1945 um die 1000 oder 1100 (zum Vergleich der

² Das Expose vom 30. Juli 1945 beziffert den damaligen „normalen Verbraucherstand“ mit 296.625. Der ist gleichzusetzen mit der ansässigen Wohnbevölkerung Nordtirols. Die starke Abweichung zur Wohnbevölkerung von 1939 (330.309 Einwohner), erklärt sich in der Hauptsache damit, dass Tausende Tiroler im Krieg gefallen und noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrt sind. Insgesamt hatte Tirol (Nordtirol) laut Angaben 477.360 Verbraucher zu ernähren. Nach anderen Angaben, die auf französischen Quellen beruhen, hatte Nordtirol im August 1945 eine Bevölkerung von rund 460.000 (ohne Besatzungssoldaten), davon 340.000 Einheimische, 25.000 österreichische Flüchtlinge, 25.000 Reichsdeutsche, 32.000 Displaced Persons (DPs) und 38.000 Südtiroler (Klaus Eisterer: Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46, Innsbruck 1991, S. 96.

vom Völkerbund festgelegte Mindestbedarf: 2400 Kalorien pro Tag). Was angesichts dieser katastrophalen Versorgungslücken blühte und gedieh waren Schwarzmarkt und Schleichhandel.

Wilfried Beimrohr

©Tiroler Landesarchiv 2005